

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 16 (1936-1937)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Neue Wege in der Politik  
**Autor:** Schmidlin, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332762>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Neue Wege in der Politik

Von Fritz Schmidlin.

Wer aus einiger Distanz auf die eidgenössische Politik der vergangenen Jahre zurückblickt, wird feststellen, daß sie nicht sehr fruchtbar gewesen ist. Die politischen Fronten sind erstarrt — der Karren ist festgefahren. Der politische Kampf ist zu einer Art Stellungskrieg geworden, es wird herüber und hinüber geschossen, aber der jeweilige Erfolg rechtfertigt nicht im geringsten den Aufwand an Rüstzeug und Munition.

Dieser Zustand ist dem Fortbestehen und der Weiterentwicklung der Demokratie nicht zuträglich. Er macht die Demokratie handlungsunfähig und setzt sowohl sie, wie die politischen Parteien als ihre Träger, bei einem Teil der Bevölkerung in ihrem Ansehen herab. Man braucht bloß im Lande herumzulauschen — auch in Arbeiterkreisen — und man wird diese Feststellung bestätigt finden. Es herrscht ein allgemeines Mißtrauen. Die Landesregierung verfügt im Volk über keine Mehrheit mehr; sie hat sich mehr und mehr daran gewöhnt, ohne das Volk und gegen das Volk zu regieren. Sie kann sich das leisten, weil die Volksmehrheit wohl einig ist in der Negation, nicht aber in der Bejahung. Diese Volksmehrheit ist sofort beisammen, wenn es ans *Nein-sagen* geht, allein sie hat sich bisher nicht zusammenfinden können, um zu etwas anderem einmal ja zu sagen.

## Bildung einer neuen Volksmehrheit.

Wenn dieser unerfreuliche Zustand einmal ein Ende nehmen soll, so steht eine Aufgabe im Vordergrund: *Die Sammlung einer Volksmehrheit für einen bestimmten wirtschaftlichen und politischen Kurs*. Damit wird auch die Grundlage geschaffen für eine andere Zusammensetzung der Landesregierung und es läßt sich deren Politik wieder in Ueber-einstimmung bringen mit der Auffassung der Volksmehrheit. Diese Aufgabe ist dringlich, wenn das vorhandene Mißtrauen überwunden werden soll, das in seinen Konsequenzen die Demokratie als solche in Gefahr bringen kann.

Es stellt sich die Frage, wie diese neue Volksmehrheit gesammelt werden kann.

Die Opposition gegen den heutigen politischen Kurs verteilt sich auf verschiedene Lager. In jeder politischen Partei gibt es heute Gruppen, die mit dem Kurs der Bundespolitik in den letzten Jahren nicht einverstanden sind. Alle diese Gruppen haben für die Umgestaltung der schweizerischen Politik ihre *eigenen* Rezepte. Aber keine einzige ist stark genug, um ihr Rezept *durchzusetzen*. Von papierenen Programmen kann aber auf die Dauer keine Partei und keine Gruppe leben — sie lebt von dem, was sie praktisch erreicht. Erreicht sie nichts, so büßt sie ihre Werbekraft ein und ihre Anhänger wenden sich von ihr ab.

Wer die Programme der oppositionellen Gruppen miteinander ver-

gleicht, muß feststellen, daß sie in zahlreichen Punkten miteinander übereinstimmen. Das gilt besonders für die *wirtschaftspolitischen Fragen*. Ueber andere Probleme, politischer und weltanschaulicher Natur, gehen die Auffassungen auseinander. Niemand kann bestreiten, daß die Fragen der Wirtschaftspolitik heute die *wichtigsten* sind. Soll eine positive Lösung dieser wirtschaftlichen Aufgaben dadurch verunmöglicht werden, weil man in Fragen, denen *nicht* diese Bedeutung zu kommt, eine andere Meinung hat?

Die Frage beantwortet sich selbst. Wenn wir die wirtschaftlichen Probleme nicht zu meistern vermögen, hängt alles andere in der Luft. Das gilt es zu erkennen und danach zu handeln.

Der erste Versuch, eine Volksmehrheit für eine bestimmte, aufbauende Wirtschaftspolitik zu sammeln, ist bei der *Kriseninitiative* unternommen worden. Dieser erste Versuch ist — das lag in der Natur der Sache — von *wirtschaftlichen Gruppen* ausgegangen. Politische Parteien waren im Aktionskomitee nicht vertreten. Das hatte Vorteile und Nachteile. Der Vorteil bestand darin, daß die Aktion nicht zu einer parteipolitischen gestempelt werden konnte. Nachteilig wirkte sich aus, daß in die nachherige Stellungnahme der politischen Parteien sehr stark Prestigefragen hineinspielten.

Der Versuch, auf dem Boden der Kriseninitiative eine Volksmehrheit für einen bestimmten Wirtschaftskurs zu gewinnen, hat nicht zum Ziel geführt. Die Opposition gegen den Wirtschaftskurs des Bundesrates ist seither zwar nicht geringer geworden; sie hat sogar auf Gruppen und Verbände übergegriffen, deren Systemstreue in den vergangenen Jahren über jeden Zweifel erhaben war. Dennoch blieb im Grunde genommen alles beim alten: die in sich zersplitterte oppositionelle Volksmehrheit vermochte eine Kursänderung nicht herbeizuführen.

Diese auf die Dauer unerträgliche Lage hat politisch durch die vollzogene Wechselkurssenkung keine wesentliche Änderung erfahren. Man ist zwar fast in allen Lagern der Meinung, daß mit der Wechselkurssenkung als solcher nichts entschieden sei für die künftige Entwicklung der Wirtschaft, sondern daß diese Entscheidung erst herbeigeführt werde durch den Kurs, der *jetzt* eingeschlagen werde. Daraus geht jedenfalls hervor, daß die Bildung einer Volksmehrheit für einen klaren Wiederaufbaukurs nach der Abwertung noch notwendiger ist als zuvor. Es ist klar, daß sich die Sammlung einer solchen Volksmehrheit auf möglichst breiter Basis vollziehen muß und daß namentlich die politischen Parteien miteinbezogen werden müssen. Das ist aber nur *unter bestimmten Voraussetzungen* möglich. Die Gräben, die im Verlauf der vergangenen Jahre aufgeworfen worden sind und die eine Verständigung erschwert haben, müssen zugedeckt werden, das gegenseitige Mißtrauen muß verschwinden. Das kann nur geschehen durch das *Bekenntnis zu gemeinsamen Grundsätzen*, ohne daß die sich beteiligenden Organisationen deswegen auf ihre politischen oder weltanschaulichen Auffassungen Verzicht zu leisten hätten.

So sind die »Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und

*die Sicherung der Demokratie*« entstanden. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz — und mit ihr alle andern politischen Parteien — sieht sich vor die Frage gestellt, ob sie diesen »Richtlinien« ihre Zustimmung geben und dadurch mit andern wirtschaftlichen und politischen Organisationen als gleichberechtigter Partner in die bestehende Arbeitsgemeinschaft eintreten will.

### **Soll die SPS. mitmachen?**

Kann sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz zu den Grundsätzen bekennen, die als Grundlage für eine Neuorientierung der Politik dienen sollen?

Wir wollen sie der Vollständigkeit halber wiederholen:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antideokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.

Was wird nun gegen diese vier Grundsätze vorgebracht?

Es würde zu weit führen, wenn ich für jeden der vier Grundsätze den Nachweis erbringen wollte, daß er in keinem Widerspruch steht zur sozialistischen Idee und zu dem Ziel, das wir erstreben. Es wird in den kommenden Wochen und Monaten Gelegenheiten genug geben, über diese Fragen umfassend und eingehend zu reden. Im Rahmen des mir zur Verfügung stehenden Raumes muß ich mich auf die Hauptpunkte beschränken.

#### **Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie.**

Es wird von linkssozialistischer Seite die »vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie« stark angefochten. Es wird erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei die Demokratie nur so lange anerkennen könne, als sich auch die »andern« zu ihr bekennen. Diese Argumentation trägt einen Widerspruch in sich selbst. Genau das können nämlich die »andern« auch sagen! Die Demokratie kann nur bestehen, wenn ihre Träger *gegenseitig* das Vertrauen zueinander haben, daß sie sich an die Spielregeln der Demokratie halten. Die »vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie« wird ja nicht nur verlangt von den Arbeiterorganisationen, sondern von *allen* wirtschaftlichen und politischen Gruppen, die in der Arbeitsgemeinschaft für den wirtschaftlichen Wiederaufbau mitarbeiten wollen.

Ich kann überhaupt nicht anerkennen, daß man bei seinem Verhalten zum vornherein ausgehen muß vom Verhalten des Gegners. Ich erinnere mich an ein Wort unseres verstorbenen Genossen Gustav Müller, der immer die Auffassung vertrat: Je mehr der politische Gegner sich von demokratischen Methoden abwendet, um so fester und entschlossener muß sich die Arbeiterschaft auf den Boden der Demokratie stellen. Die tiefe Wahrheit dieser Worte ist mir nie so bewußt geworden, wie in den vergangenen Jahren, als sich die schweizerischen Frontenbrüder anschickten, ihre Lehre mit Stahlruten und Gewaltmethoden durchzusetzen. Wo wären wir heute, wenn die Arbeiterschaft — wie das dem Willen der Kommunisten entsprochen hätte — mit denselben Methoden geantwortet hätte? Wir hätten Zustände bekommen wie in andern Ländern, wo gerade dieses Verhalten zu einem rapiden Anwachsen der Extremisten in beiden Lagern geführt hat. Die Folge war ein Zusammenschmelzen der demokratischen Mitte, die extremen antidemokratischen Gruppen wurden stärker als die Träger des demokratischen Gedankens, und wenn es einmal soweit ist, muß die Demokratie unterliegen. Die schweizerische Arbeiterschaft ist glücklicherweise diesen Weg *nicht* gegangen. Sie hat sich wider die undemokratischen Methoden der Frontfaschisten mit demokratischen Mitteln gewehrt. Mit dem Ergebnis, daß sich die große, unzweifelhaft demokratisch empfindende Mehrheit des Schweizervolkes *gegen* die Frontisten kehrte und diese jeden Einfluß auf die schweizerische Politik verloren haben.

Die Einstellung linkssozialistischer Kreise, wonach man eben, falls der Sozialismus mit demokratischen Mitteln nicht verwirklicht werden könne, zu andern Mitteln greifen müsse, verrät wenig Vertrauen zur Werbekraft der sozialistischen Idee. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung mit demokratischen Mitteln für die sozialistische Idee nicht zu gewinnen wäre, dann läge der Fehler offenbar nicht bei der Demokratie, sondern müßte darin gesucht werden, daß die Mehrheit der Bevölkerung für diese Idee nicht zugänglich ist. Wir haben gar keinen Grund, anzunehmen, daß dies der Fall sei. Wenn Aufklärung und Einsicht noch nicht so weit vorgeschritten sind, daß die Mehrheit des Volkes für eine sozialistische Gesellschaftsordnung eingenommen ist, dann ist das kein Grund, an der Demokratie zu zweifeln. Wer durch die Macht der Idee von der Güte einer Sache nicht überzeugt werden kann, der wird es noch viel weniger durch Zwang. Ich bin überzeugt, daß gewisse politische Methoden große Teile der Bevölkerung dem Sozialismus entfremdet haben, die für den sachlichen Inhalt der sozialistischen Idee zu gewinnen gewesen wären und auch zu gewinnen *sind*, wenn diese Methoden verschwinden.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat sich durch die letzte Revision des Parteiprogramms auf den Boden der Demokratie gestellt. Dieses klare Bekenntnis ist durch die politische Praxis in einzelnen Kantonen (Zusammensehen mit der Kommunistischen Partei) wieder verwischt worden. Dieses praktische Verhalten ist nicht geeignet, bei den Gruppen, die demokratisch, aber nicht sozialistisch ein-

gestellt sind, das Vertrauen zum demokratischen Bekenntnis der SPS. zu stärken. *Darauf kommt es aber an.* Lippenbekenntnisse kann jeder ablegen — die Kommunistische Partei hat es ja schlagend bewiesen —, sie sind aber nur dann von Wert, wenn man durch sein Verhalten beweist, daß sie ehrlicher Ueberzeugung entspringen und daß sie gehalten werden.

Es ist daher klar: die Anerkennung des ersten Grundsatzes der Richtlinien bedingt die Lösung der Beziehungen zur Kommunistischen Partei auf der ganzen Linie. Das kann der Sozialdemokratischen Partei nicht schwerfallen. Landesfragen müssen von schweizerischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden; die SPS. kann nicht in jedem Kanton andere Grundsätze haben.

Die Abgrenzung geht übrigens auch nach *rechts*. Nicht bei allen nichtsozialistischen Gruppen und Parteien besteht Klarheit über ihre Stellung zur Demokratie. Wer von ihnen bei der »Arbeitsgemeinschaft« dabei sein will, wird seine demokratische Gesinnung ebenfalls unter Beweis zu stellen haben.

### Die Landesverteidigung.

Es ist verständlich, daß sich die ausgesprochenen Pazifisten in der Sozialdemokratischen Partei mit der verlangten »positiven Einstellung zur militärischen Landesverteidigung« nur schwer abfinden können. Sie können aber unmöglich das Bekenntnis zu den »Richtlinien« von dieser Frage abhängig machen, denn sie hätten dann, wenn die Begründung stichhaltig wäre, aus der Sozialdemokratischen Partei ausscheiden müssen. Die SPS. hat diese Frage grundsätzlich auf dem Luzerner Parteitag entschieden. Der unglückselige Beschuß des diesjährigen Zürcher Parteitages ändert daran nichts. Er wird sich allerdings nicht wiederholen dürfen. Man kann nicht zur Landesverteidigung ja sagen und zu den Mitteln dafür nein. Ein solches Hin und Her ist wiederum nicht geeignet, das Vertrauen zu den gefaßten Beschlüssen zu stärken. Es ist ein Gebot der Selbstdisziplin, auch in dieser Hinsicht Klarheit zu schaffen.

Es wird nicht nur »positive Einstellung zur militärischen, sondern auch zur *wirtschaftlichen* und *geistigen* Landesverteidigung« verlangt. Sie ist für die Sozialdemokratische Partei sicher eine Selbstverständlichkeit. Sie ist es aber nicht so sehr für andere Gruppen. Diese Gruppen werden den *Beweis* zu leisten haben, daß es ihnen mit der wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung *ernst* ist. Es darf auch bei ihnen keine Unklarheiten geben.

### Achtung der religiösen Ueberzeugung.

Darüber wird es wenig zu reden geben. Toleranz in religiösen Fragen war seit jeher eine Forderung der Sozialdemokratie. Unsere Arbeiterorganisationen umfassen Mitglieder aller religiösen Glaubensbekenntnisse. Der wirtschaftliche Gehalt der sozialistischen Idee genügt nicht allen — der Mensch lebt nicht von Brot allein. Es sind nicht die

Schlechtesten, die, um zu einem inneren Gleichgewicht, zu einer inneren Befriedigung zu kommen, mehr brauchen als die sozialistische Lehre zu bieten vermag. Die Verächtlichmachung dieser Leute verrät nicht nur einen Mangel an Bildung — sie hat der Arbeiterbewegung schwer geschadet. Es wird kaum einem Parteigenossen einfallen, diesen selbstverständlichen Grundsatz der »Richtlinien« zu bestreiten.

### Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Man sollte glauben, daß die Zustimmung zu einem solchen Programm gerade der Sozialdemokratischen Partei am wenigsten schwerfallen sollte. Jedenfalls viel weniger schwer als bestimmten bürgerlichen Gruppen, die mit der Zustimmung zu den »Richtlinien« einen guten Teil der bisherigen offiziellen bürgerlichen Wirtschaftspolitik preisgeben müssen.

Merkwürdigerweise richtet sich aber die Opposition bestimmter Kreise in der Partei gerade gegen dieses Programm. Es sei »kleinbürgerlich« und führe »weit weg vom Sozialismus« wird etwa behauptet. Was darin stehe, könnte ebensogut im Programm einer bürgerlichen Partei stehen, wird erklärt.

Da sind wir auch gleich im Kernpunkt der Sache. Wenn es sich um ein Programm handelte, wie sie jeweilen von den Parteien, etwa vor Wahlen, zu Agitationszwecken aufgestellt werden, gäben wir den Kritikern recht. Aber darum handelt es sich *nicht*. Es handelt sich vielmehr um Forderungen zur Wirtschaftspolitik, zur Kredit- und Währungspolitik, zur Finanzpolitik und zur Sozialpolitik, die *verwirklicht* werden sollen. Und zwar soll ihre Verwirklichung *sofort* in Angriff genommen werden. Es ist ja doch wohl selbstverständlich, daß ein Programm, das durch die Unterstützung nichtsozialistischer Gruppen verwirklicht werden soll, *kein sozialistisches Programm* sein kann. Man kann sich natürlich mit heldischem Stolz in die Brust werfen und erklären: Was ihr da bringt, das geht uns nicht weit genug, wir wollen eine *sozialistische* Lösung der Probleme. Das nimmt sich ganz schön aus, hat aber den Nachteil, daß diese sozialistische Lösung eben auf dem Papier stehen bleibt, weil die Gruppen, mit denen zusammen man eine Volksmehrheit bilden könnte, eben gerade diese Lösung *nicht* wollen. Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Gut, dann warten wir eben, bis wir allein stark genug sind, um *unsere* Lösung durchzusetzen. Das dürfte, nach den Erfahrungen der letzten Jahre beurteilt, ziemlich lange dauern. Denn von einem noch so schönen Zukunftsprogramm wird niemand satt. An gut durchdachten Programmen und an einer ausgedehnten Propaganda dafür hat es der SPS. in den vergangenen Jahren wirklich nicht gefehlt. Der Erfolg hat die Aufwendungen in keiner Weise gelohnt. Weil eben alle, die unter den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leiden, nicht wissen wollen, wovon sie später einmal leben sollen, sondern sie wollen wissen, worauf sich morgen, übermorgen, in den nächsten Monaten und Jahren ihre Existenz gründen soll. Wenn wir eine Politik betreiben wollen, die in die Isolierung führt und dadurch die Verwirklichung dessen ver-

unmöglich, was in Verbindung mit andern Gruppen erreicht werden könnte, dann wird das nicht zur Folge haben, daß sich die Leidtragenden dieser Politik in vermehrtem Maße unserem eigenen Zukunftsprogramm zuwenden — sie werden sich im Gegenteil von uns abwenden und eigene Wege gehen. Es steckt in der Argumentation der Unentwegten, die einem unter den gegebenen Umständen möglichen Programm deshalb nicht zustimmen wollen, weil es kein *sozialistisches* Programm ist, ein Stück Vereinigungstheorie. Daß aber die Verelendung, von der man sich seinerzeit versprach, daß sie die Massen der Bevölkerung für den Sozialismus »reif« machen werde, zu allem möglichen führt, nur nicht zum Sozialismus, ist wohl durch die Ereignisse der letzten Jahre im In- und Ausland schlagend bewiesen.

Wir meinen also: Die SPS. muß eine Politik betreiben, die geeignet ist, den Arbeitslosen und den übrigen Notleidenden sofortige Hilfe zu bringen — wenn sie allein die Kraft dazu nicht hat, muß sie ermöglichen, daß sie mit andern Gruppen zusammen durchgeführt werden kann.

Kein Mensch verlangt von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie ihr Ziel, die Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, preisgibt. Wer solche Sachen behauptet, hat den Sinn der »Richtlinien« gar nicht erfaßt. Sie fußen ja gerade auf der Idee, Menschen *verschiedener* politischer und religiöser Auffassungen zur *Zusammenarbeit* zusammenzuführen, damit alle die Fragen, über deren Lösung man sich einigen kann, nicht deswegen ungelöst bleiben, weil alle, mit möglichst breiten Scheuklappen versehen, nur ihr eigenes Ziel im Auge haben, aneinander vorbei reden und aneinander vorbeiführen.

Die heutige Zeit drängt zu *raschen* Lösungen. Wenn wir die Demokratie nicht durch Sammlung einer handlungsfähigen Volksmehrheit in stand setzen, diese Lösungen herbeizuführen, wird man sich nicht verwundern müssen, wenn sich große Teile des Volkes andern Gruppen zuwenden.

### Konsequenzen.

Ich bin daher der Meinung, daß die Sozialdemokratische Partei als Volkspartei gar nicht anders handeln *kann*, als den »Richtlinien« ihre Zustimmung geben. Sie vergibt sich dadurch nichts; was in den Richtlinien steht, liegt ausnahmslos in der Richtung der **praktischen** Politik, die sie seit Jahr und Tag in Bund, Kantonen und Gemeinden getrieben hat und treiben mußte, wenn sie sich nicht ihre eigenen Existenzgrundlagen entziehen wollte. Ich möchte die »Unentwegten« doch einmal bitten, mir zu sagen, wie sie sich denn die Etablierung des Sozialismus denken *ohne* die Verwirklichung dessen, was in den Richtlinien steht. Darauf hat mir bis jetzt niemand eine einleuchtende Antwort gegeben; eine sentimentale Revolutionsromantik täuscht über die praktischen Verhältnisse nicht hinweg.

Gut, wird man erklären, wir können für die Verwirklichung der einzelnen Forderungen der »Richtlinien« auch eintreten, ohne daß wir

bei der Arbeitsgemeinschaft mit dabei sind. Das ist ein verhängnisvoller Trugschluß, denn dann gelten eben diese Forderungen als *parteipolitische* Forderungen und wir sind glücklich wieder im alten Fahrwasser und sehen uns vor den alten politischen Fronten, die die Verwirklichung so manchen vernünftigen Gedankens verunmöglicht haben.

Es ist klar, daß die SPS., wen sie sich der Richtlinien-Bewegung anschließt, auf einen Teil ihrer Bewegungsfreiheit verzichten muß. Alle Gruppen, die sich anschließen wollen, werden das tun müssen. Dies wird in all den Fragen der Fall sein, die Gegenstand der »Richtlinien« bilden. Es kann natürlich nicht so sein, daß ein Partner bei einer Frage, über deren Lösung man sich verständigt hat, plötzlich wieder eigene Wege geht und etwas anstrebt, das die andern *nicht* wollen.

Es verbleibt außerhalb der Richtlinien Raum genug für die Parteipolitik und die Partei wird außerdem für die Verwirklichung dessen, was in den Richtlinien steht, alle Hände voll zu tun bekommen. Sie wird ihre Geltung behalten und erhöhen, wen das Volk sieht, daß ihre Politik praktische Hilfe bringt. Daß sie diese Geltung mit andern Gruppen teilen muß, kann kein Hindernis sein. Die Partei ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck; wenn sie diesen Zweck nicht allein, sondern nur in Verbindung mit andern erreichen kann, dann muß sie es tun.

Was geschieht, wenn die Sozialdemokratische Partei der Richtlinien-Bewegung *nicht* beitritt? Die Gruppen, die bis jetzt ihren Beitritt erklärt haben, werden jedenfalls dabei *bleiben*. Sie werden auf die Verwirklichung dessen, was in den Richtlinien gefordert wird, keineswegs verzichten. Die SPS. wird bloß, wenn es an die praktische Durchführung der Forderungen geht, nicht mitreden können. Ist sie aber gleichberechtigter Partner, dann wird sie auch ihren Einfluß geltend machen können. Jeder Parteigenosse kann selber beurteilen, womit der Partei besser gedient ist.

### Schlußfolgerungen.

Die wirtschaftliche und politische Lage der Schweiz erfordert, daß in der Politik neue Wege gegangen werden. Ein gangbarer Weg ist durch die »Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie« vorgezeichnet. In diesen »Richtlinien« steht nichts, was zu den Zielen und zur allgemeinen Politik der SPS. in Widerspruch stände. Der Zusammenschluß aller wirtschaftlichen und politischen Gruppen auf dem Boden der »Richtlinien« kann zur Bildung einer neuen Volksmehrheit führen und damit zur Ermöglichung einer Politik, die den vorhandenen faschistischen Tendenzen den Boden entzieht.

Es sollte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nicht schwerfallen, sich entschlossen zu einer solchen Politik zu bekennen.